

# Buchbesprechungen

VON LUDWIG WATZAL

## Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt.

Die Debatte über dieses schwierige Verhältnis ist überfällig, aber sie hätte kritischer und realitätsnäher gegenüber der Raison d'être Israels, dem in praxi herrschenden Zionismus, geführt werden müssen. Diese aktuelle Debatte kommt allemal zu kurz. Die vorstaatliche Kritik am Zionismus seitens der sozialdemokratischen und der kommunistischen Theoretiker steht im Vordergrund. Es geht aber um das hier und jetzt. Dem Autorenteam scheint es entgangen zu sein, dass es in Israel 18 Gesetze gibt, welche die nicht-jüdischen Bürger Israels diskriminieren. Diesen Gesetzen und der über 42-jährigen Besatzungsherrschaft der „einzigen Demokratie des Nahen Ostens“ hat die Kritik einer Linken gegenüber der israelischen Regierungspolitik nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland zu gelten. Wie sich denn das Autorenteam so gut wie gar nicht mit der aktuellen Kritik an der zionistischen Ideologie auseinandersetzt.

Sie hätten sich ein Beispiel an John Rose, führendes Mitglied der „Socialist Workers Party“ in Großbritannien nehmen sollen, der in seinem Buch „Mythen des Zionismus“ Folgendes festgestellt hat: „Der Zionismus ist das Problem. Seine Beseitigung ist die Voraussetzung für Frieden im Nahen Osten; sie ist die Vorbedingung für eine jüdisch-arabische Versöhnung.“ Der US-amerikanische Historiker Norton Mezvinsky, der zusammen mit Israel Shahak das Buch „Jewish Fundamentalism in Israel“ geschrieben hat, hält den Zionismus mit seinem Anspruch eines „exclusivist state for Jews“ für die Ursache des israelisch-palästinensischen Konflikts. Und Israel Shahak hat in einem Interview kurz vor dem 50. Geburtstag Israels dargelegt, warum der Zionismus kritisiert werden sollte. „Der Grund für meine Kritik ist sehr einfach. Ich glaube, daß der Zionismus eine Form des Rassismus ist. Ich habe seit Jahren gesagt, daß er das Spie-

gelbild des Antisemitismus ist. Wie man Antisemitismus als Ausdruck des Hasses gegenüber Juden findet, so ist der Zionismus ein Ausdruck des Hasses gegenüber allen Nicht-Juden (Gojim); nicht nur gegenüber Arabern, sondern auch gegen alle Gojim.“ Und weiter stellt er fest: „Der Zionismus hätte auch dann kritisiert werden müssen, wenn ein jüdischer Staat auf einer verlassenen Insel gegründet worden wäre, ohne jemanden zu verletzen. Der Grund dafür ist, daß ein Staat, der auf der Idee der Reinheit der Religion, der Rasse, der Nationalität beruht, kritisiert werden sollte. Das Ziel



des Zionismus ist, wie die Zionisten selber sagen, einen rein jüdischen Staat zu gründen. Dieses Ziel wurde insbesondere durch den Zionismus der Arbeitspartei verfolgt.“

Die Autoren/Innen kommen zu dem Ergebnis, dass es auch innerhalb der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu Antisemitismus kam. Dies ist jedoch nicht überraschend. Warum hätten sich diese Kreise anders verhalten sollen als die klerikal-konservativen und national-demokrati-

schen? Es gab in allen politischen Strömungen Individuen, die gegen antisemitische Ressentiments nicht immun waren. Umso mehr überrascht die Feststellung, „dass die pauschale Ablehnung des Zionismus durch namhafte sozialdemokratische und kommunistische Theoretiker nicht gerechtfertigt war. Sie beruhte auf einem dogmatischen Verständnis der nationalen Frage, das durch die reale Entwicklung widerlegt wurde.“ Dieses Urteil beruht auf einer theoretischen Debatte über den Zionismus unter Ausblendung der realen Lage. Gerade von einem internationalistischen Ansatz her kommend, *mussten* die sozialdemokratischen und kommunistischen Theoretiker eine nationalistische Ideologie wie den Zionismus zurückweisen. Er war die jüdische Variante des Nationalismus im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20 Jahrhunderts. Wieso wurde das Verständnis der nationalen Frage durch die Entwicklung widerlegt? Das Gegenteil ist der Fall: Die Entwicklung scheint den damaligen Kritikern Recht zu geben. Der damalige virulent vorherrschende Antisemitismus in Ost- und Westeuropa wurde durch die Schaffung eines jüdischen Staates im Sinne Theodor Herzl nicht gelöst, sondern, wie einige Kritiker des Zionismus immer wieder betonen, sogar noch verschärft. An keinem Ort der Welt leben Juden heute gefährlicher als in Israel, so die Ansicht zahlreicher politischer Beobachter.

Angesichts des Drucks und der Agitation seitens einiger Lobbyisten in Fraktion und Partei auf so genannte Israelkritiker wagt sich das Autorenteam an einigen Stellen seiner Bestandsaufnahme weit vor, wenn man sich den Druck und die Agitation seitens einiger Lobbyisten in Fraktion und Partei auf so genannte Israelkritiker vor Augen führt. So schreiben sie in völligem Gegensatz zur zionistischen Geschichtsmythologie, dass es sich beim Angriff auf Ägypten 1956 um „einen typischen Aggressionskrieg“ gehandelt habe. Auch den Sechstagekrieg vom Juni 1967 sehen sie in der „Kontinuität der von Ben-Gurion betriebenen Politik der Expansion. Dieser Krieg war kein verzweifelter Verteidigungskrieg, zu dem ihn die israelischen Mythen verklären.“ Völlig korrekt: Die Autoren hätten auch noch weiter gehen können. Zeev Maoz, Politikprofessor an der Uni-

versität von Kalifornien in Davis, schreibt in „Defending the Holy Land“ zu den Kriegen Israels: „None of the wars – with a possible exception of the 1948 War of Independence – was what Israel refers to as Milhemet Ein Brerah („war of necessity“). They were all wars of choice or wars of folly. Israel’s limited use of force strategy emphasized escalation, dominance and excessive force.“

Unter „Die falschen Freunde Israels“ werden die Lobbyisten beim Namen genannt, die Zwietracht und Spaltung in die Partei „Die Linke“, deren Fraktion sowie ihre politische Stiftung tragen, um die Kritiker der israelischen Regierungspolitik mit verleumderischen und denunziatorischen Methoden mundtot zu machen. Sollte dies gelingen, ist auch der letzte Rest der politischen Elite auf Linie gebracht. Die Partei „Die Linke“ sollte sich ein Beispiel an Felicia Langer, Uri Avnery, Moshe Zuckermann, Ilan Pappé, Noam Chomsky, Daniel C. Brecher und anderen mutigen Israelis wie Gideon Levy, Amira Haas oder Akiva Eldar nehmen und jede politische Maßnahme, die demokratischen Prinzipien widerspricht oder die Menschenrechte der unterdrückten Palästinenser verletzt, freimütig kritisieren. Dem Autorenteam sei gesagt, das die „Genfer Initiative“ keinen Weg zu einem dauerhaften Frieden weist. Sie ist ein Irrweg.

Das Buch setzt einen positiven Kontrapunkt zu gewissen Schmähschriften, die nicht nur der ganzen linken Bewegung „Antisemitismus“ unterschieben wollen, sondern diese verleumderische These auch auf den Islam ausdehnen. Mangels Feindbild hat der Westen den „Islamofaschismus“ erfunden, um weiterhin Kriege gegen die Völker der Dritten Welt um Öl und zum Wohle ihrer Rüstungsindustrie führen zu können. Dass der Nahostkonflikt eine Subkategorie in dieser neokolonialen Expansionsstrategie darstellt, muss „Die Linke“ deutlich machen. Schon deshalb bedarf es der Lösung dieses ältesten Regionalkonfliktes. Dazu hat das Autorenteam durch die Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte einen wichtigen Beitrag geleistet.

Wolfgang Gehrcke, Jutta von Freyberg, Harri Grünberg: *Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt. Eine notwendige Debatte.* Paperback, 270

Seiten, € 16,90, ISBN 978-3-89438-410-4, PapyRossa Verlag, Köln 2009

Der Rezensent: Prof. Dr. Rolf Verleger, Psychologe an der Universität Lübeck, Autor des Buches *Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht.* (PapyRossa, Köln 2009, 2. Aufl.).

## 60 Jahre Israel 60 Jahre Entrechtung der Palästinenser

Ein palästinensischer Diplomat kommentierte die verschiedenen Friedensinitiativen und Gespräche wie folgt:

*Die Palästinenser und Israelis verhandeln darüber, wem die Pizza gehört, die auf dem Tisch liegt. Während sie aber sprechen, verhandeln, diskutieren und streiten haben die Israelis die Pizza aufgegessen.*

Worüber soll man noch verhandeln?

65%, 78% oder gar 95% der Westbank für die Palästinenser würden am Ende doch nur 0% Souveränität bedeuten. Worüber also verhandeln?

Wer die Verantwortung für die Müllabfuhr in den palästinensischen Städten trägt? Ob Palästina eigene Briefmarken herausgeben darf?

Es geht nicht mehr darum einen Baustopp zu verhängen, es geht darum alle israelischen Siedlungen bis auf die letzte Familie, bis auf den letzten Mann zu räumen. Das ist heute die Voraussetzung für eine Lösung des Problems. Die brutale israelische Besatzung muss beendet werden. Beendet für immer.

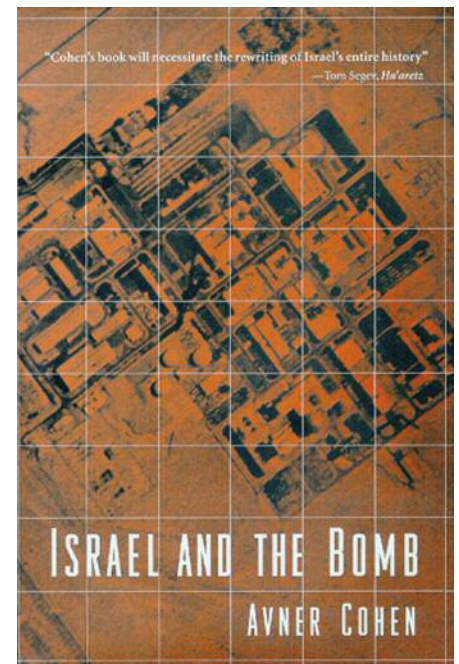
---

### Avner Cohen, *Israel and the Bomb,*

Columbia University Press, New York 1998, 470 Seiten, 31 €.

Unter dem Label „Stop the bomb“ beteiligen sich Gruppierungen und einige prominente Wissenschaftler an einer Kampagne gegen das zivile Nuklearprogramm Irans. Diese Vereinigung und einige Individuen fordern, die zivilen Nuklearanlagen des Landes zu bombardieren selbst unter Einsatz von Atomwaffen, gemäß dem Motto „bomb,

bomb, bomb, bomb Iran“, das der „Schlagerstar“ und letzte US-amerikanische Präsidentschaftskandidat John McCain während des Wahlkampfes 2008 intonierte hatte. Diese Kampagne läuft trotz der gegenteiligen Einschätzung von 17 US-amerikanischen Geheimdiensten, dass Iran schon seit mehreren Jahren (2003) sein atomares Nuklearprogramm eingestellt habe. Wider besseres Wissen soll die westliche Welt in einen weiteren Krieg gegen ein muslimisches Land und „den Islam“ getrieben werden. Im Gegensatz zu Indien, Pakistan, Israel und Kuba (Nord-Korea ist 2002 zunächst



ausgetreten) hat Iran den „Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag“ (NVV/NPT) unterzeichnet. Seine Atomanlagen werden regelmäßig von der „Internationalen Atomenergiebehörde“ (IAEA) überprüft; sie konnte bisher nichts Beanstandenswertes vermelden. Wäre es nicht dringender geboten, die vier Nicht-Unterzeichnerstaaten des NPT und Nord-Korea zu zwingen, diesem beizutreten und deren Atomanlagen einer regelmäßigen Überprüfung durch die IAEA zu unterziehen?

Avner Cohen, der zurzeit als „Senior Research Fellow at the Program on Global Security and Disarmament and the Center for International and Security Studies (CISSM) at the University of Maryland“ hat mit „Israel and the

Bomb“ ein Buch der Extraklasse vorgelegt. Es behandelt Israels „letztes Tabu“. Das Buch wurde weitgehend ignoriert. Auf Deutsch liegt keine Besprechung vor; auch auf Englisch sind sie spärlich gesät. Der Autor wollte keine umfängliche Geschichte des Dimona-Projektes – des „geheimen“ israelischen Nuklearprogramms – schreiben, sondern eher eine „political history of Israel’s nuclear program in its formative years, documenting the origins and evolution of Israel’s policy of nuclear opacity“. Um diese „Politik der nuklearen Geheimhaltung“ dreht sich dieses Werk.

Die Arbeit konzentriert sich auf den Zeitraum von 1950 bis 1970. In dieser Zeit wurde David Ben-Gurions Vision von einer israelischen Nuklearmacht realisiert. 1952 wurde die „Israels Atomenergie-Kommission“ gegründet. Ausführlich beschreibt Cohen den Beitrag Frankreichs, ohne den Israel nicht in der Lage gewesen wäre, sein Atomprogramm zu realisieren. Hoch interessant ist, wie es der israelischen Führung gelang, die US-Amerikaner und deren „Intelligence Community“ in Bezug auf Dimona an der Nase herumzuführen. Erst US-Präsident Richard Nixon und Israels Ministerpräsidentin Golda Meir gelang es in Verhandlungen, der bis heute geltenden „Politik der Geheimhaltung“ eine feste Grundlage zu geben. Diese Politik sei sehr erfolgreich gewesen und wurde aus der Not zur Improvisation geboren.

Cohen hat ein beeindruckendes Buch geschrieben, dass zum ersten Mal die Geschichte des israelischen Nuklearprogramms systematisch aufgearbeitet hat. Verwunderlich ist jedoch bei dieser detaillierten Darstellung, dass der Autor nichts über Folgendes geschrieben hat: „the 1968 smuggling past Euratom inspectors of two hundred tons of uranium ore to Israel, the CIA’s conclusion at about the same time that Israel previously stole bomb-grade uranium from a US naval fuel plant, and the 1979 Vela satellite signal that was widely interpreted as an indication of an Israeli nuclear test. The book’s complete silence on these important events is especially odd.“

„Israel and the Bomb“ ist das eigentlich brisante politische Thema unserer Tage und nicht die Debatte über ein virtuelles Atomprogramm.

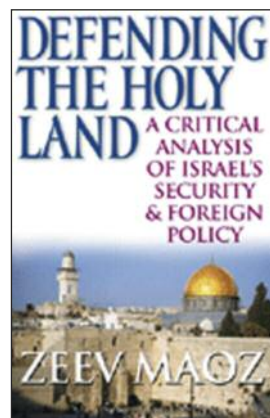
„Israel and the Bomb“ ist das eigentlich brisante politische Thema unserer Tage und nicht die Debatte über ein virtuelles Atomprogramm. <http://electronicintifada.net/v2/article10621.shtml>

-----

**Zeev Maoz, Defending the Holy Land. A critical analysis of Israel’s security & foreign policy**

*University of Michigan Press (2006), Ann Arbor 2009 Paperback, 728 Seiten, 35.00 \$.*

Das voluminöse Buch liefert die erste umfassende Analyse israelischer Außen- und Sicherheitspolitik seit der Staatsgründung. Es verbindet in hervorragender Weise Geschichte, Theorie und Kritik. Der Autor lässt kein gutes Haar an der Politik Israels. Hybris und Ungeschicklichkeit zeichneten das Verhalten der politischen Elite aus, sodass ein wichtiges Motive für dieses Buch darin bestand, die Fehler und die Unzulänglichkeiten der israelischen Militärdoktrin aufzuzeigen, damit diese behoben werden können.



Zeev Maoz war akademischer Direktor des Master-Studienprogrammes für die IDF am National Defense College. Leiter der Graduate School of Government and Policy and the Jaffee Center for Strategic Studies. Zurzeit lehrt er Politische Wissenschaft an der University of California, Davis. Der Autor argumentiert unkonventionell, und er schlachtet fast alle „heiligen Kühe“ israelischer Geschichtsmythologie in Be-

zug auf die so genannten „Verteidigungskriege“.

Das Buch gliedert sich in fünf Hauptteile, die sich in 14 Kapitel unterteilen, beginnend mit den „Grundlagen“, der „Anwendung von Gewalt“, „Israels Nuklearpolitik“, „Außenpolitik: geheime und offene Diplomatie“ sowie „Gründe und Auswirkungen des Missmanagements der Sicherheits- und Außenpolitik“. Alle Kapitel sind sehr gut geschrieben. Wiederholungen treten des Öfteren auf, sodass durch eine stringenter Argumentation und Lektorierung das Buch etwas handlicher geworden wäre.

Was Maoz zu den Kriegen Israels schreibt, hat nichts mit der Selbststilisierung Israels als „Opfer“ einer arabischen Aggression zu tun. Im Gegenteil: Nach Ansicht des Autors waren Israels Kriege bewusst herbeigeführte „Aggressionskriege“ (the result of deliberate Israeli aggression). Eine Ausnahme bildet der „Unabhängigkeitskrieg“ von 1948. „None of the wars – with the possible exception of the 1948 War of Independence – was what Israel refers to as Milhemet Ein Brerah (‘war of necessity’). They were all wars of choice or wars of folly. Israel’s limited use of force strategy emphasized escalation dominance and excessive force.“ Dagegen behauptet Motti Golani, dass selbst der „Unabhängigkeitskrieg“ ein „war of choice“ war (Wars don’t just happen; nur hebräisch). Er behauptet weiter, dass die israelische Generalität in der Vergangenheit der politischen Elite Bedingungen diktierte und damit eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes des Öfteren verhindert habe. Zusammen mit Maoz beschreibt er den Druck, den die Generäle auf Ministerpräsident Levi Eshkol ausgeübt haben, damit er seine Zustimmung zum Krieg von 1967 geben sollte. Nach Maoz wurde dieser Druck bereits in den anderen Kriegen Israels von 1948, 1956, 1972, 1982, 2006 ausgeübt. Unter einigen deutschen und österreichischen Wissenschaftlern scheint sich diese Selbstverständlichkeit von „Präventiv- und Angriffskriegen“ noch nicht herumgesprochen zu haben, oder sie befinden sich nicht auf der Höhe der aktuellen Debatte, was nicht überrascht, denn sie verbreiten immer noch den zionistischen Mythos von den israelischen „Selbstverteidigungskriegen“. Sie wol-

len den „military adventurism“ der politischen Elite nicht wahr haben.

Das Militär hält sich nach Ansicht des Autors also einen Staat, ein „modernes Sparta“, man könnte ergänzen mit Atomraketen. Solange dieses militärische Entscheidungsmonopol nicht gebrochen werde, erscheint Israel nicht „friedensfähig“. Es ermangele dem Land an einer „Friedensdiplomatie“. Die politische Elite muss versuchen, die Kontrolle über das „Sicherheitsestablishment“ zu erlangen, da es sonst um den Frieden nicht gut bestellt sei. „The ascendancy of Israel's security establishment over its foreign policy apparatus led to unnecessary wars and missed opportunities for peace.“ Eine Reform dieser Struktur scheint überfällig zu sein.

Maoz stellt resigniert fest, dass nicht nur die politische Elite des Landes, sondern auch die Medien, die wissenschaftliche Elite und die Bevölkerung über wenig Selbstkritik verfügten. „This lack of self-inspection applied not only to politicians and bureaucrats but also to a significant portion of the scholarly community in Israel, the Israeli media, and – of course – public opinion.“ Der Autor legt offen, wie gezielt das israelische Militär durch seine Politik der „gezielten Tötungen“ immer wieder zur Eskalation des Konfliktes beigetragen hat, obwohl z. B. Hamas bereits 1997 einen dreißigjährigen Waffenstillstand angeboten hatte, den König Hussein von Jordanien den Israelis überbrachte. „Israel's principal tactic intended to ignite escalation during the intifada was the policy of targeted assassinations.“

Maoz' Analyse kann nicht einfach als „antisemitisch“ oder durch sonst eine schräge Beschuldigung wie „selbsthassender Jude“ abgetan werden, denn er ist ein Mann des Establishments. Darüber hinaus hat er in drei Kriegen gekämpft. Er war kurzzeitig Berater von Yitzhak Rabin, und er hat das Buch aus Frustration über die Uneinsichtigkeit des Sicherheitsestablishments geschrieben, das keine Lehren aus ihren Fehlern ziehen will. Seine profunden Kenntnisse über die Wirklichkeit israelischer Politik so wie sie ist und nicht wie sie in den USA und Westeuropa imaginiert wird,

machen dieses Buch zu einem eye-opener. Maoz entzaubert die politische Elite des Landes.

### Shlomo Sand, *The Invention of the Jewish People* (Wie wurde das jüdische Volk erfunden?)

*Verso, London 2009, 400 Seiten, 34,95 \$.*  
(Original Hebräisch, zuerst in französischer Übersetzung: *Comment Le Peuple Juif inventé, Fayard, Paris 2008, € 29,90.*)

## The Invention of the Jewish People Shlomo Sand



Ein „jüdisches Volk“ gibt es nicht; es ist eine Erfindung, folglich konnte es auch kein Exil geben. Dies ist in Kürze die zentrale These des Buches des israelischen Historikers Shlomo Sand, der Europäische Geschichte an der Universität in Tel Aviv lehrt. Alle schönen biblischen Geschichten sollen Legenden sein? Der Auszug aus Ägypten, das Babylonische Exil, die Römische Besatzung samt Zerstörung des Zweiten Tempels und die dazugehörige Vertreibung sowie die glorreiche Rückkehr nach 2000 Jahren nach „Zion“ unter der zionistischen Bewe-

gung. Die jüdische Diaspora entstand nicht durch Vertreibung, sondern durch Konversionen zum Judentum aus den verschiedensten Völkern. Dass dieses einem Frontalangriff auf die sich seit der Staatgründung Israels herausgebildete „jüdische“ Identität gleichkommt, versteht sich von selbst. Aber hier fangen die Probleme schon an, und in diesem Dilemma befindet sich Israel seit seiner Gründung. „Jüdische“ Identität ist etwas völlig anderes als „zionistische“ Identität. Und darüber wird bis heute heftig gestritten.

So wie die Nationalgeschichten der Deutschen, Franzosen oder Spanier auf Mythen beruhen, so verhält es sich auch mit der jüdischen. Die Geschichte von Nationen entstand mit der Geburt des Nationalstaates und damit auch die Legendenbildung. Auch das „deutsche Volk“ ist eine Erfindung. Es gibt nur eine Ansammlung von sehr unterschiedlichen Stämmen, von dem Kunstprodukt der „Nordrhein-Westfalen“ einmal ganz abgesehen. Sand beginnt seine historische Abhandlung mit zwei Zitaten, die das ganze Dilemma einer „jüdischen Nation“ deutlich machen: „Eine Nation ... ist eine Gruppe von Menschen, die durch einen gemeinsamen Irrtum was ihren Ursprung betrifft und durch eine kollektive Feindschaft gegenüber ihren Nachbarn verbunden ist.“ (Karl W. Deutsch, *Nationalism and its Alternatives*, 1969). „Ich denke nicht, dass ich in der Lage gewesen wäre, ein Buch über Nationalität zu schreiben, so wie ich es tat, ohne fähig zu sein, mit der Hilfe von ein wenig Alkohol, eine Träne zu vergießen, während ich Volksliedern lauschte ...“ (Ernest Gellner, „Antwort an meine Kritiker“, 1996).

Die Zerstörung des Tempels habe es zwar gegeben, aber keine Massenvertreibung, weil es eine solche in der römischen Geschichte nicht gegeben hat, so Sand. Die Mehrzahl der Juden blieb in Palästina; einige konvertierten zum Islam. Folglich wären die wirklichen Juden in Palästina die Palästinenser, die Nachkommen der ursprünglichen Bevölkerung in Judäa und Kanaan. Die führenden zionistischen Repräsentanten hätten nie etwas mit den jüdischen Bewohnern

Palästina zu tun gehabt. Sie seien auf keinen Fall deren Nachkommen, sondern größtenteils „Chasaren“, Bürger eines Königsreichs der Chasaren. Dieses Turkvolk aus dem Kaukasus sei im 8. und frühen 9. Jahrhundert in Gänze zum Judentum übergetreten, gemäß der Devise: „Cuius regio eius religio“. Diese These hatte bereits Arthur Koestler in „Der dreizehnte Stamm“ vertreten. Jetzt wird sie von Sand wie schon vorher von Israel Bartal wissenschaftlich erhärtet. Für Sand liegt dem Ursprung der „Jiddischen Kultur“ kein Import aus Deutschland zugrunde, sondern sie sei das Ergebnis einer Verbindung zwischen den Nachkommen der Chasaren und der Deutschen, die in den Osten reisten, einige von ihnen seien Kaufleute gewesen. Aufgrund der ethischen Vielfältigkeit Israels insinuiert der Autor, dass der Identität Israels eher ein „Staat aller seiner Bürger“ als ein „jüdischer Staat“ entsprechen würde. Dies fordern auch 1,5 Millionen israelische Palästinenser, die unter massiver Diskriminierung leiden.

Die Konsequenzen von Sands Thesen müssten zu einer Gleichstellung aller nicht-jüdischen Staatsbürger Israels führen, weil die von der zionistischen Geschichtsmythologie behauptete Verbindung zu den historischen Stämmen Israels nicht gibt. Eine direkte Genealogie von Moses zu den Siedlern in der Westbank ist ein Mythos. Eine kohärente nationale Bevölkerung habe es nie gegeben, sondern nur verschiedene Gruppen, welche die jüdische Religion angenommen hatten. Damit wäre auch der Kolonisierung der von Israel besetzten palästinensischen Gebiete der Boden entzogen, da es so etwas wie „Eretz Israel“ nie gegeben hat. Dieser Mythos wurde nach Sands historischer Darstellung erst in den letzten 100 Jahren geschaffen.

Sands Buch ist eine aktuelle Kritik der israelischen Identitätspolitik, und es bricht das größte Tabu des Landes. Es hat nicht nur in Israel eine heftige Debatte ausgelöst. Der Autor ist bereits heftig unter Druck geraten, so dass es eine deutsche Ausgabe wohl so schnell nicht geben dürfte. Wieder einmal kommen die Deutschen zu spät. Ob eine deutsche

Ausgabe etwas an der einseitigen Haltung der politischen Elite gegenüber Israel ändern würde, darf bezweifelt werden. Aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Ein überaus spannendes und revolutionäres Buch.

**Semit wird die englische  
Ausgabe von Shlomo Sand's  
Buch importieren und  
für 29,90 € anbieten.  
Wer interessiert ist, soll  
bitte bei: [info@dersemit.de](mailto:info@dersemit.de)  
bestellen.**

-----

**Dan Diner, „Keine Zukunft auf  
den Gräbern der Palästinenser“.  
Eine historisch-politische Bilanz  
der Palästinafrage**

*VSA, Hamburg 1982, 167 Seiten (nur  
noch antiquarisch zu beziehen).*

Es gibt nur wenige Bücher, die sich auch nach 26 Jahren noch lohnen zu lesen. Dazu gehören neben Dan Diners fundierter, wegweisender und hochaktueller Analyse über Zionismus, Israel und den Palästina-Konflikt, Noam Chomskys „Fateful Triangle“ aus dem Jahr 1983, das auf Englisch 1999 neu aufgelegt worden ist. Die Analysen beider Autoren sind heute noch aktueller als zum Zeitpunkt ihrer Erstveröffentlichung. Dan Diner hat bereits 1982 eine Perspektive für die Lösung des Jahrhundertkonfliktes aufgezeigt. Dieser Weg wurde von den politisch Handelnden jedoch nicht besritten. Dies war Anlass, sein Buch nochmals zu lesen. Der Autor ist seit 1999 Direktor des Simon Dubnow Instituts für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig.

Dan Diner verfasste seine Studie vor dem Hintergrund des israelisch-palästinensischen Krieges im Libanon vom

Sommer 1982. Der Autor liefert eine „politische Bilanz auf geschichtlichem Hintergrund“, die Lösungen aufzeigt, die von „arabischen Palästinensern und jüdischen Israelis“ besritten werden könnten. Seine Gesamtsicht „rührt aus einer jüdisch-israelischen Erfahrung auf deutschem Vordergrund. Die Intention ist politisch, die Moral universalistisch.“ Die Ergebnisse sind wegweisend.

Die acht Kapitel dieser Abhandlung haben es in sich. In Anbetracht der Emotionalität, die der Nahostkonflikt immer wieder hervorruft, wäre die Veröffentlichung eines solchen Buches heute wahrscheinlich nicht mehr möglich. An dieser Veröffentlichung lässt sich beispielhaft zeigen, wie bizarr die „These“

– „Antizionismus“ = „Antisemitismus“ – ist. Dass ernstzunehmende Kreise dieser Politthese Plausibilität abgewinnen können, ist frappierend. Politische Absicht dieser „These“ ist, die letzten kritischen Stimmen gegen die israelische Besatzungspolitik zum Verstummen zu bringen.

Für Dan Diner war es noch selbstverständlich, dass es sich im Nahen Osten um eine „zionistische Kolonisation“ handele, die gegenüber den ursprünglichen Bewohnern des Landes, den „palästinensischen Arabern“, großes Unrecht begangen habe. Bereits 1982 stellte er fest, dass dieser Konflikt kein „territorialer“ und kein „Konflikt unterschiedlicher Gesellschaftssysteme oder ein Konflikt zweier Exponenten internationaler Lager“ ist; „dieser Konflikt ist vor allem ein demographischer, d. h. bevölkerungspolitischer Natur“. Ariel Sharon brauchte immerhin bis 2005, um dies zu verstehen und die politischen Konsequenzen im Gaza-Streifen zu ziehen.

Bei der israelischen Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens handelt es sich um „ein Phänomen, das sich wie ein roter Faden durch den gesamten Konflikt zieht, nämlich die zionistische Kolonisation des Landes, seine Umwandlung von arabischem in jüdisches Gebiet“. Wäre dieser Konflikt nur ein territorialer, ließe er sich durch die Gründung eines Nationalstaates lösen. Die

Palästinafrage ist nach Diner für die palästinensischen Araber aber auch eine „soziale Frage“. „Es handelt sich um das Problem einer durch den zionistischen Kolonisierungsprozess mit der Absicht einer jüdischen Nationalstaatengründung einhergegangenen und einhergehenden Deklassierung einer Bauernbevölkerung.“ Folge davon ist, dass sich im palästinensischen Bewusstsein zwei Momente vermischen: das gewachsene Nationale, das auf die Herstellung eines eigenen Palästinenserstaates drängt, und „die konkrete Forderung der Rückkehr nicht etwa nach Palästina als einem arabischen Nationalstaat der Palästinenser, sondern die Rückkehr zum verlorenen Boden, zum verlorenen Ort und zur verlorenen Lebenswelt“. Die durch die „zionistische Landnahme erzwungene Landlosigkeit“ schafft Identität. Sie wird noch ergänzt durch den „Tag des Bodens“, der seit dem 30. März 1976 von den israelischen Palästinensern begangen wird. Anlass des gesamtarabischen Streiks in Israel war die Politik der Regierung von Yitzhak Rabin, die umfassende Bodenkonfiskationen in Galiläa durchführte.

Für den Autor sind die Entwicklung eines palästinensischen Nationalbewusstseins und die Herausbildung ihrer besonderen Identität als Palästinenser „ohne die von ihnen als Angriff erfahrene zionistische Kolonisation des Landes mit dem Ziel der Herbeiführung eines jüdischen Staates kaum vorstellbar“. Sie hat sowohl das palästinensische Selbstbewusstsein als auch die Fremdwahrnehmung von den Palästinensern geprägt. Folglich gehören sie auch zur „Erfolgs-geschichte des Zionismus“. Die Widersprüche innerhalb der palästinensischen Sozialstruktur haben nicht unwesentlich zum Erfolg des „zionistischen Kolonisierungsprojektes“ beigetragen. „Diese palästinensische Schwäche machte jenen Vorteil aus, der es den Zionisten erleichtern sollte, die gesellschaftlichen Grundlagen für die Errichtung eines jüdisch-exklusiven Nationalstaates in Palästina gegen die palästinensische Bevölkerung zu setzen.“ Der Autor beschreibt auch die Träger des arabischen Widerstandes gegen die „Kolonisierung“ Palästinas; ihn gab es bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts. 1911 wurde die Zeitung „Filastin“ (Palästina) in Jaffa gegründet. Diner beschreibt das strukturelle Dilemma des

palästinensischen Anliegens: Sollten sie ihre Sache zu einer gesamtarabischen oder einer partikularen machen?

Das Auftreten des Zionismus hatte nicht nur für die muslimischen und christlichen Bewohner des Landes verheerende Folgen, sondern auch für deren jüdische Bewohner, die schon immer in Palästina lebten. Der Status letzterer wurde durch die Zionisten „in Frage gestellt“. „Durch die zionistische Kolonisierungspolitik wurde die Spaltung der Gesellschaft in Palästina zunehmend ethnischen Kriterien unterworfen. Der Gegensatz spitzte sich zu einem Gegensatz zwischen Juden und Arabern zu.“ Es gab zwar christliche und muslimische Araber, aber gegenüber den Zionisten traten sie als Araber auf. Die Rolle von Haj Amin al-Husseini ist nur zu verstehen, wenn man die Konkurrenz zwischen den Clans der al-Husseinis und der Naschschibis begreift. Dan Diners Erklärungsansatz ist wesentlich profunder und plausibler als die aus politischen Motiven gespeisten Deutungsversuche einiger Islamdilettanten. Die „Fortsetzung des zionistischen Kolonisierungsprozesses in den besetzten Gebieten“ habe die „in Vergessenheit geratenen Ursprünge des Konflikts wieder ins öffentliche Bewusstsein geholt“.

Aufschlussreich und überaus spannend ist das Kapitel „Zionismus als politische Struktur“. Neben dem demographischen Aspekt gehe es um Territorium. Dieses wurde mit dem Ziel kolonisiert, damit es Teil des „jüdischen Staates“ werden sollte. „Um diesem Boden territorialen, d. h. nationalen Charakter beizugeben, musste er mit jüdischen Siedlern besetzt werden.“ Nach Diner war nicht die Ausbeutung der arabischen Landbevölkerung das Ziel, sondern ihre „physische Ersetzung“ durch „jüdische Landarbeiter“. Es waren also nicht ökonomische Interessen wie die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, „sondern die Verdrängung der Araber vom Boden und damit aus den zukünftigen Gebieten des zu errichtenden jüdischen Nationalstaates. Der Zweck war demnach genuin politisch.“

Bis 1947 waren sieben Prozent des Bodens in Palästina in zionistischem Besitz. Durch die Gründung Israels habe sich das aber verändert, weil „der Staat selbst zum Mittel der Landnahme wurde.

Dies ist die Bedeutung der Bezeichnung zionistisch, wenn vom Staate Israel die Rede ist. Der Staat beruht demnach nicht auf einem Territorium, das als allgemeine Sphäre, als Rechtsraum, für alle seine Bürger Gültigkeit hat. In Israel wird nur jener Boden als jüdisch und damit zum nationalen Zusammenhang gehörig betrachtet, auf dem die Statuten der zionistischen Institutionen Geltung haben und der von Juden unmittelbar besetzt und bearbeitet wird.“ Es gibt zwar noch einen kleinen Teil des Bodens, der aus privatrechtlichen Gründen Arabern gehört. Aber 95 Prozent des Bodens in Israel proper gehört zionistischen Institutionen. „Diese Böden können nur verpachtet werden, und zwar nur an Juden. (...) Deshalb entlässt der zionistische Bodenfonds die seiner Satzung unterworfenen Böden nicht aus seiner Verfügung.“ So könne es aufgrund der „zionistischen Struktur des Staates“ so etwas wie ein „allgemeines jüdisches Territorium“ nicht geben. „Es gibt jüdischen und arabischen Boden, nicht aber israelisches Territorium.“

Ebenso wenig wie es ein „israelisches Territorium“ gebe, gibt es einen „israelischen Staatsbürger mit gleichen Rechten und Pflichten“. Es widerspreche der „zionistischen raison d'être des Staates“, weil eine Gleichbehandlung der arabischen Bevölkerung den „national ausschließlich jüdischen Charakter des Staates aufheben“ würde. Die Diskriminierung von Arabern in Israel führt der Autor deshalb auch nicht auf eine „ideologische Höherbewertung von Juden schlechthin“ zurück, sondern auf das „demographische Prinzip der Aufrechterhaltung einer jüdischen Mehrheit und damit eines jüdischen Nationalstaates in Palästina“. Um dies dauerhaft zu garantieren, müsse eine Politik fortgesetzt werden, „die auf die Wahrung eines nationalen Charakters aus ist, auch danach ständig gegen die arabische Bevölkerung des Landes fortgesetzt werden muss. Und die Mittel einer Politik, die zur Mehrheitserhaltung der Juden beitragen sollen, nennt man zionistisch.“ Eine Aufhebung dieser Struktur würde zur Gleichberechtigung aller Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten führen, so der Autor. „Da eine solche Anerkennung als Gleiche bzw. Gleichberechtigte durch die zionistische Struktur verhin-

dert wird, entwickelt sich dort ein Bewusstsein, das rassistische Züge annimmt.“

Was der Autor im Kapitel „Israel und jüdisches Bewusstsein“ beschreibt, birgt heutzutage enorme Sprengkraft. „Nationales jüdisches Selbstverständnis war und ist mit Zionismus nicht unbedingt identisch.“ So seien die orientalischen Juden aus ihrer jahrhundertalten und im Irak sogar jahrtausendalten Umgebung erst durch die „zionistische Kolonisation in Palästina und später durch den arabisch-israelischen Konflikt“ herausgebrochen worden. „Für sie wurde der Zionismus unmittelbar zur Ursache ihrer Gefährdung.“ Dan Diners Ausführungen zum zionistischen Selbstverständnis und seinem Herrschaftsanspruch, der Rolle des Holocausts in der israelischen Gesellschaft, der Existenzängste der Menschen u. v. a. m. sind sehr fortschrittlich.

Was Diner zu den Kriegen Israels von 1956 und 1967 schreibt, will man in Deutschland gar nicht so genau wissen. Jeder, der die Geschichte des Konfliktes ohne ideologische Scheuklappen betrachtet, kann mit der Feststellung des Autors konform gehen, der über die Rolle Israel im 1956er-Krieg schreibt: „Der gemeinsame Überfall Israels, Englands und Frankreichs im Oktober 1956 auf Ägypten, das wenige Monate zuvor den Suezkanal verstaatlicht hatte, hatte für Israel neben anderem auch das Ziel, sich den USA gegenüber als Zukünftiges zu profilieren, sich als orientalischer Festlandsockel für westliche Interessen anzudienen.“ Die Anatomie dieses Krieges habe aber auch die unterschiedliche Interessenlage der beteiligten deutlich gemacht. Auch waren die USA über „das Vorgehen der drei Aggressoren erbost und erreichten einen Abbruch der Aktion. (...) Amerikanischer Druck führte auch dazu, dass Israel, das noch im November die Annexion des Sinai erklärt hatte, bis März seine Truppen vollständig von der Halbinsel und aus dem Gazastreifen abzog.“ Auch der Junikrieg von 1967 wird von Diner korrekt als Angriffskrieg gesehen: „Und als Israel trotz seiner Warnung die Mai/Junikrise 1967 zu einem Angriff auf alle umliegenden arabischen Staaten nutzte, verhängte Frankreich einen Waffenboykott gegen Israel.“ Die israelischen Politiker und die

Generalität wussten, dass kein Angriff der arabischen Staaten bevorstand.

In der aktuellen Debatte geht es immer auch um die Forderung an die Palästinenser, sie mögen das Existenzrechts Israels anerkennen. Vielleicht ist der deutschen Öffentlichkeit nicht klar, wo der Unterschied zwischen der völkerrechtlichen Anerkennung eines Staates und der Anerkennung eines Existenzrechtes eines Staates liegt; letzteres gibt es weder im Völkerrecht noch sonst wo. Niemand würde auf die Idee kommen, das Existenzrecht der USA, Frankreichs, Tongas oder irgendeines anderen Staates zu verlangen. Auch in dieser Frage hat Dan Diner bereits 1982 erhellendes geschrieben: „Der Staat Israel hat seit seinem Bestehen von den Arabern immer wieder seine Anerkennung als Bedingung jeglicher Lösung im arabisch-israelischen Konflikt gefordert. Diese Forderung nach Anerkennung seitens Israels hatte und hat im Wesentlichen den Sinn, die arabische Forderung nach Erfüllung der palästinensischen Rechte zu unterlaufen. Damit fordert der Staat Israel implizite nicht nur die Anerkennung seiner staatlichen Existenz als solche, sondern obendrein die Anerkennung seiner zionistischen Voraussetzungen. Und die Anerkennung seiner zionistischen Voraussetzungen bedeutet Aufrechterhaltung und Garantie nicht nur seiner Existenz als Staat, sondern als Nationalstaat aller Juden. Eingeschlossen ist hierin auch die Forderung nach Anerkennung der historischen Legitimität des jüdisch-nationalen Anspruchs auf das Land Palästina. Eine solche Anerkennung hätte zur Folge, dass die zionistische Landnahme in Palästina nicht etwa durch Einseitigkeit und mittels Gewalt, sondern von Rechts wegen erfolgte. Kurz: Die Araber sollen nicht etwa ein nunmehr bestehendes Ereignis eines von ihnen abgelehnten und bekämpften Kolonisierungsprozesses anerkennen, das sich mit und über seine Anerkennung auch im Interesse der Araber beenden ließe; vielmehr soll im nachhinein dieser Prozess als rechtmäßig legitimiert werden, was gleichbedeutend damit wäre, den eigenen Widerstand als historisch unrechtmäßig hinzunehmen oder gar eine Fortsetzung des Kolonisationsprozesses gutzuheißen.“

Um eine solche Anerkennung könne es nicht gehen, so der Autor. Für ihn

„geht es um einen zukünftigen Zustand, in dem Juden und Araber als gleiche in einem Gemeinwesen leben können, das ihnen sowohl individuelle als auch national-kollektive Rechte garantiert. Einen solchen Zustand bezeichnen wir als binational.“ Diner fordert von den Israelis „die bewusstseinsmäßige Anerkennung des Unrechts auf sich zu nehmen, das aufgrund und im Laufe des zionistischen Kolonisationsprozesses den palästinensischen Arabern angetan wurde“. Diese Anerkennung könne sich etwa darin ausdrücken, „dass den vertriebenen Palästinensern ein Recht auf Rückkehr in ihre ursprüngliche Heimat zugestanden wird“. Der Autor tritt für eine „Dezisionierung“ Israels ein, weiß aber auch, wie schwierig eine solche zu realisieren ist. Als ein erster Schritt auf diesem Wege einer Loslösung vom Zionismus wäre eine Anerkennung ihrer Nationalität im Lande. Staatstheoretisch gehe es um die „Entpolitisierung der Nationalität, der Trennung zwischen Herrschaft und den jeweiligen nationalen Attributen“. Beide Nationalitäten sollten vom Verhältnis Mehrheit-Minderheit absehen und sich gleiche national-kollektive Rechte zubilligen, um „programmatisch Binationalität anzustreben“, so der Autor.

Was Dan Diner über Ariel Sharon, den Arbeiterzionismus und den zionistischen Revisionismus schreibt, zeugt von profunder Kenntnis. Die Schuld für Deir Yassin, Kibiya oder Sabra und Shatila trügen nicht nur einige Personen, sondern die Verantwortung für diese Taten sei zu einer „gesamtisraelischen geworden“. Sein Schlusssatz mag zwar durch die tagespolitischen Ereignisse von 1982 geprägt gewesen sein, er hat aber auch programmatischen Charakter: „Es kann keine moralisch und politisch begründbare jüdisch-israelische Existenz auf Kosten – nein, heute muss man sagen: auf den Gräbern der Palästinenser geben.“

Wer ein aufrüttelndes und hochaktuelles Buch lesen möchte, sollte dafür sorgen, dass sich ein mutiger Verlag findet, der es neu verlegt. Dazu bedarf es aber der Zustimmung des Autors. Für die politisch interessierte Öffentlichkeit wäre eine Neuauflage ein großer Gewinn; sie könnte dann von den fortschrittlichen Ideen Dan Diners bewusstseinsmäßig profitieren.